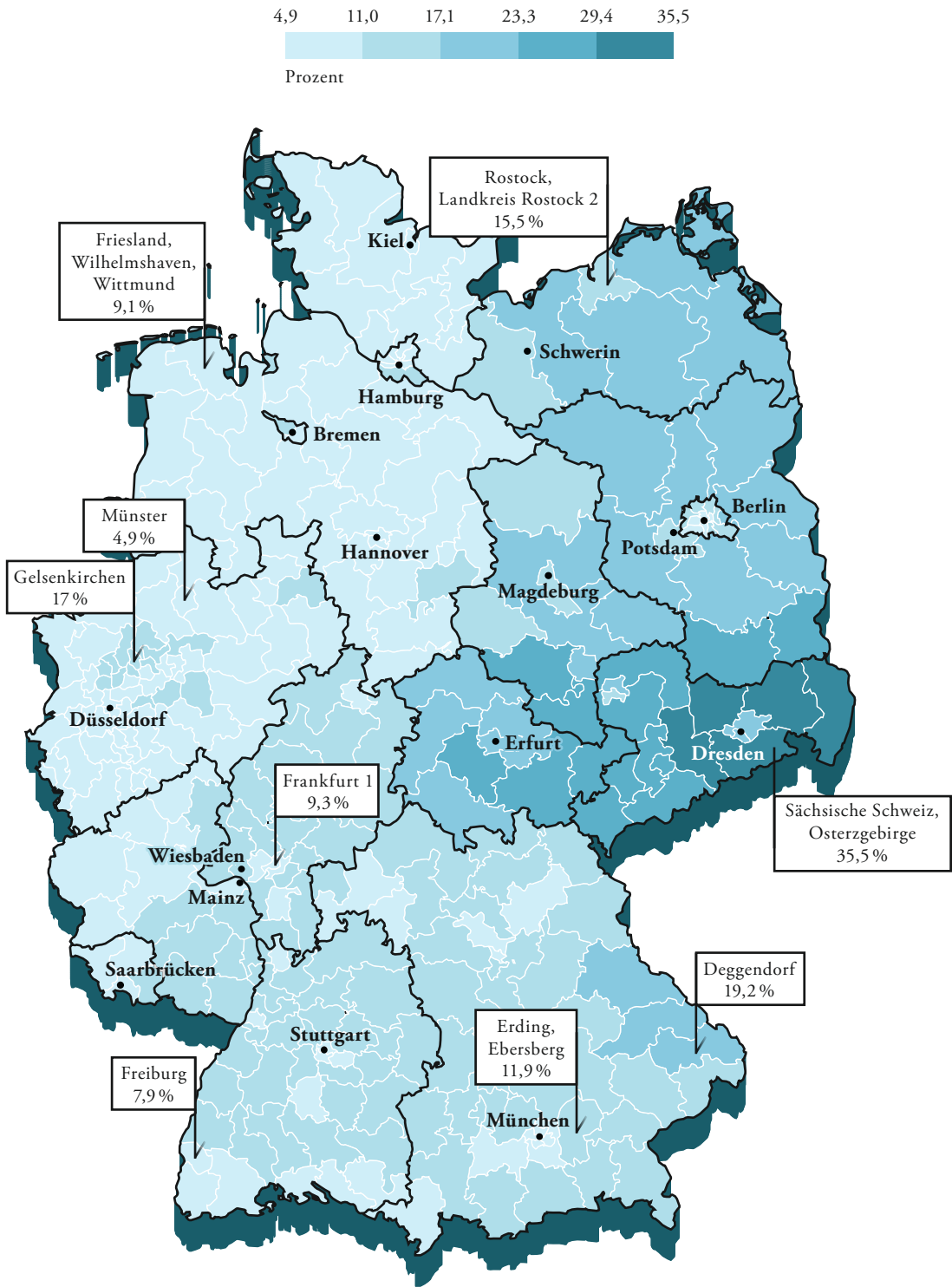


Wo Fremde fremd sind

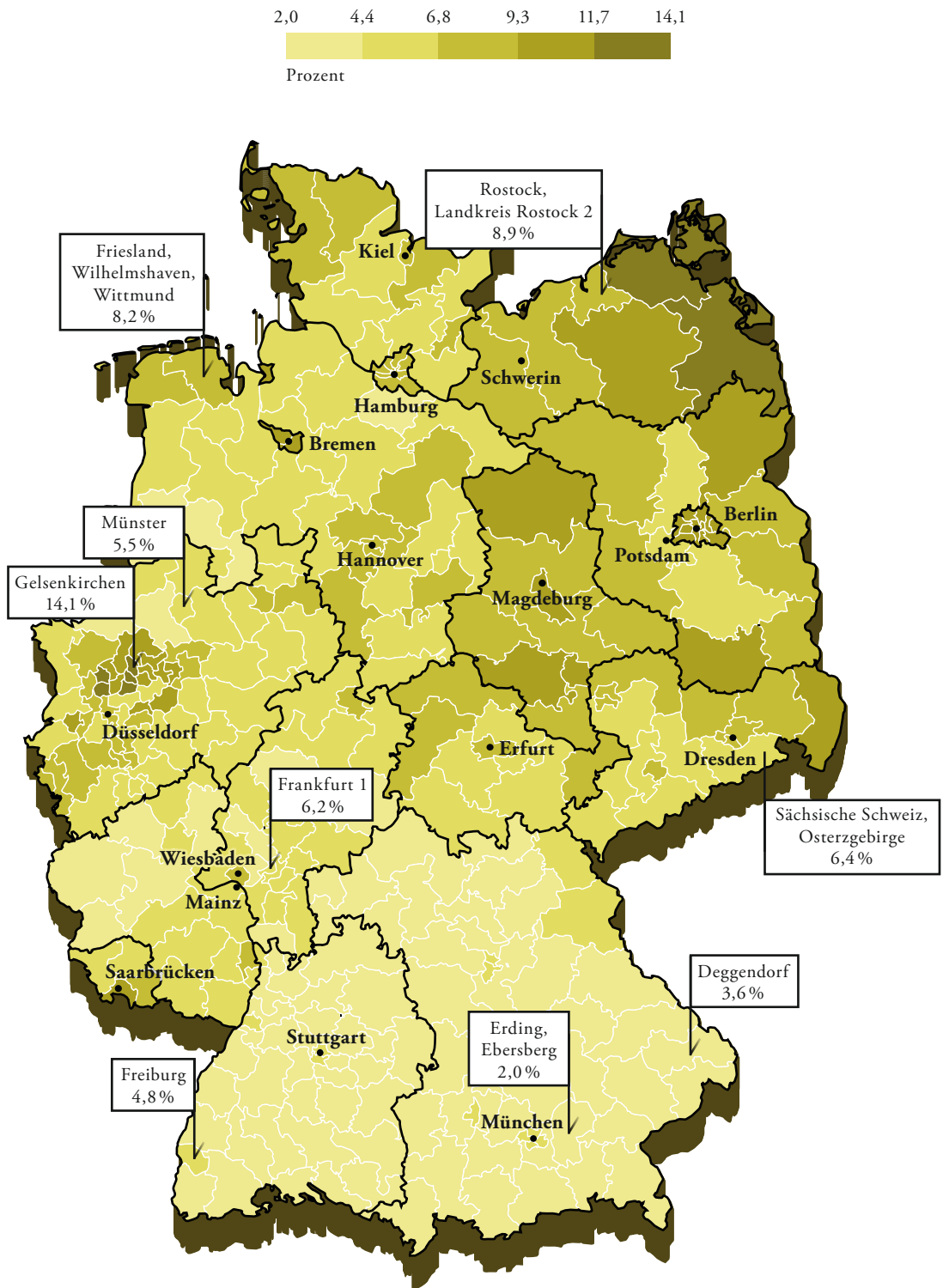
Rechtes Land

AfD-Anteil bei den Zweitstimmen nach Wahlkreisen



Hartz-Land

Arbeitslosenquote (Ende März 2017)



Wie hängen Herkunft, sozialer Status und AfD-Sympathie zusammen?

Was die Wahlraten verraten

VON KOLJA RUDZIO

Haben vor allem Verlierer die AfD gewählt? Arbeitslose, Niedriglöhner, Bildungsarme? Die These ist verbreitet, dass die Wut der AfD-Wähler ökonomische Wurzeln habe. Im Hass auf die Flüchtlinge entlade sich der Frust der Globalisierungsverlierer.

Auf den ersten Blick spricht einiges dafür, dass das stimmt. So hat die rechte Alternativpartei vor allem in Ostdeutschland viele Wähler für sich gewonnen. Also in dem Landesteil, in dem noch immer besonders viele Menschen arbeitslos sind oder bei der Arbeit wenig verdienen. Und im Westen gehört zu den Hochburgen der AfD ein Ort wie Gelsenkirchen – die Krisenstadt schlechthin. Dort liegt die Arbeitslosenquote höher als in allen anderen Wahlkreisen in ganz Deutschland (14,1 Prozent), und das Netto-Jahreseinkommen pro Einwohner ist niedriger als überall sonst (16 135 Euro). Hier holte die AfD 17 Prozent der Stimmen.

Widerspruchsfrei ist der Zusammenhang aus wirtschaftlicher Misere und AfD-Wahl aber nicht. Der Wahlkreis Friesland-Wilhelmshaven-Wittmund etwa ist durch eine für Westdeutschland relativ hohe Arbeitslosigkeit gekennzeichnet (8,2 Prozent) und durch niedrige Einkommen (18 657 Euro), trotzdem kam die AfD dort nur auf 9,1 Prozent. Umgekehrt stimmten im Wahlkreis Erding-Ebersberg mit der deutschlandweit niedrigsten Arbeitslosenquote (2,0 Prozent) und hohem Pro-Kopf-Einkommen (24 309 Euro) immerhin 11,9 Prozent für die AfD. Allgemein fällt in Westdeutschland auf, dass ausgerechnet der prosperierende Süden mehr AfD-Wähler verzeichnet als der hinterherhinkende Norden. Im Osten erreicht Sachsen AfD-Spitzenwerte – nicht das wirtschaftlich schwächere Vorpommern.

Sucht man mathematisch nach Zusammenhängen und nicht nur per Draufschauen, zeigt sich zwischen vielen wirtschaftlichen Daten und dem Kreuzchen für die AfD keine enge Verbindung. ZEIT ONLINE hat knapp 60 verschiedene Merkmale aller Wahlkreise in Deutschland untersucht. Danach ist der statistische Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit, Haushaltseinkommen oder dem Bruttoinlandsprodukt pro Kopf auf der einen Seite und dem Wahlergebnis der AfD auf der anderen Seite eher schwach ausgeprägt. Zugleich zeigt sich zum Beispiel beim Alter eine erkennbare Korrelation: Wo viele Wähler die 60 überschritten haben, bekam die AfD viele Stimmen. Allerdings bedeutet diese Statistik nicht, dass es einen ursächlichen Zusammenhang gibt.

Auffällig ist außerdem, dass sie vor allem dort Wähler gewonnen hat, wo wenig Ausländer leben. Zu den Regionen mit dem niedrigsten Ausländeranteil (ein bis zwei Prozent) gehören das Chemnitz-Umland, der Erzgebirgskreis oder die Sächsische Schweiz – allesamt AfD-Hochburgen. Offenbar ist die Angst vor Einwanderern dort besonders ausgeprägt, wo die Menschen wenig Erfahrungen mit ihnen haben.

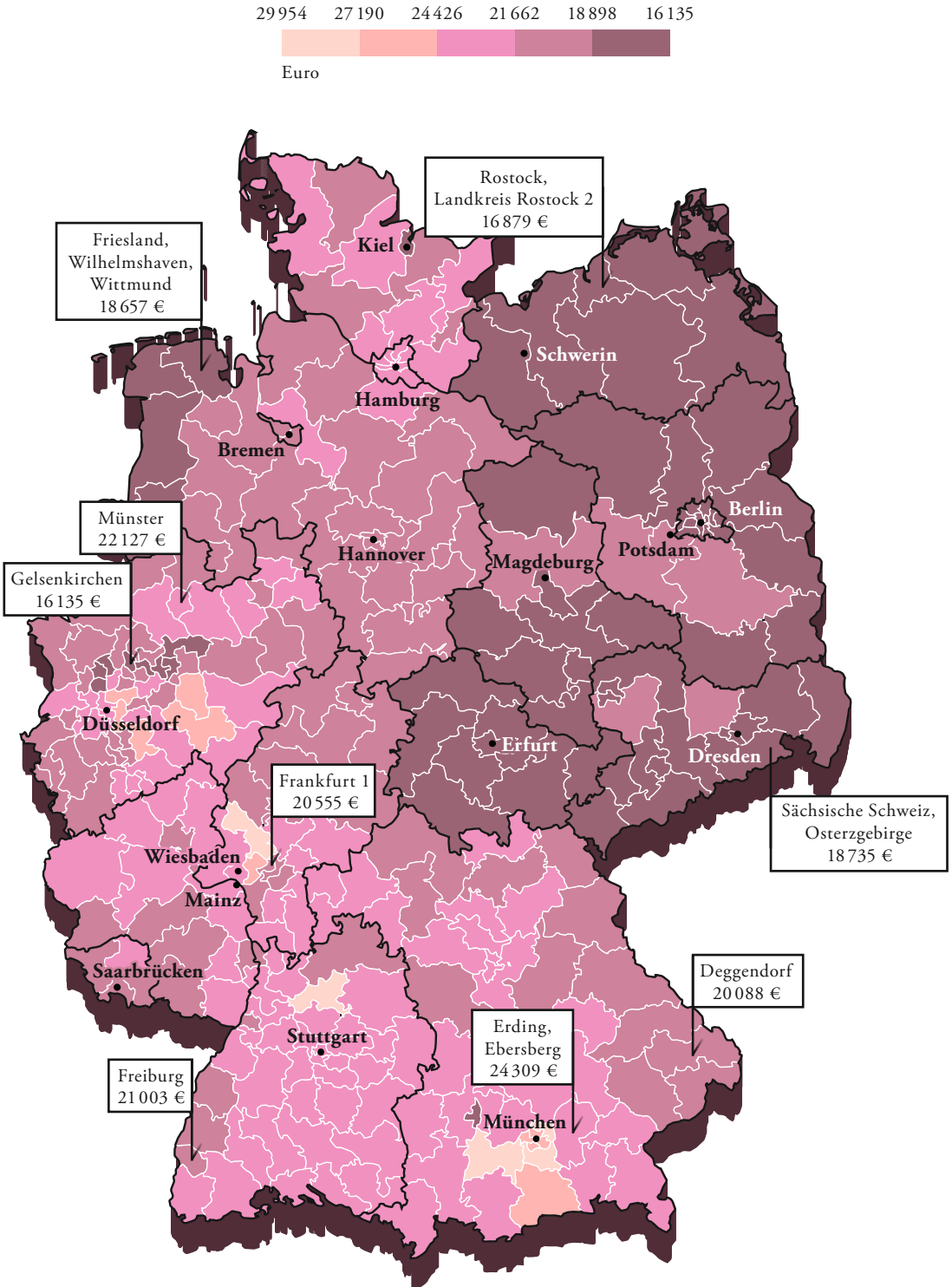
Soziale und wirtschaftliche Faktoren allein erklären also nicht die AfD-Wahlergebnisse. Einige Umfragen deuten zwar auf wirtschaftliche Aspekte hin. So wählte laut Forschungsgruppe Wahlen ein hoher Anteil der Arbeitslosen die Partei von Alexander Gauland und Alice Weidel: 17 Prozent. Aber viele Erwerbslosen stimmten für andere Parteien: 22 Prozent für die SPD, 17 Prozent für die CDU/CSU und 15 Prozent für die Linkspartei. So stark hebt sich die AfD hier also gar nicht ab.

Jens Südekum, ein Ökonomeprofessor von der Universität Düsseldorf, sagt: »Es ist zu simpel, zu sagen, dass Regionen mit größeren wirtschaftlichen Problemen mehr AfD wählen – und das war's.« Er glaubt, dass sich zwei Muster überlagern: Einerseits werde die AfD tatsächlich aus Angst vor Zuwanderung gewählt. »Das scheint vor allem im Osten dominant zu sein.« Dass Zuwanderer abgelehnt werden, wo besonders wenige leben, sei aus Großbritannien oder Frankreich schon bekannt. Zum anderen sieht Südekum im Wahlerfolg der AfD in Gelsenkirchen und Ostbayern Anzeichen dafür, dass wirtschaftlich schwer getroffene Regionen in Westdeutschland radikalere Parteien wählen: »Das gab es in der Vergangenheit nicht, das könnte ein neuer Trend sein.«

Mitarbeit: Andreas Loos und Sascha Venohr

Ungleiches Land

Durchschnittliches Netto-Jahreseinkommen der privaten Haushalte pro Kopf (2014)



Buntes Land

Ausländeranteil (Dezember 2015)

